

Sehr geehrte Frau Kipping,
sehr geehrter Herr Riexinger,

Ihre Partei "Die Linke" ist in zwei Bundesländern an der Regierung beteiligt bzw. hat die Ministerpräsidentschaft übernommen und trägt somit die vollumfängliche Verantwortung auch für die Rechtsstaatlichkeit in diesen Bundesländern.

Hierzu nun eine Frage an Sie, sehr geehrte Frau Kipping, sehr geehrter Herr Riexinger, zum Thema "Rechtssicherheit/Rechtsstaatlichkeit für uns normale Bürger u.a. in Thüringen und Brandenburg":

Sind in den Bundesländern, in denen die Linkspartei Regierungsaufgaben übernommen hat, das Grundgesetz und die darauf aufbauenden Gesetze dieses Rechtsstaates für einfache, deutsche Bürger außer Kraft gesetzt und stehen in diesem Zusammenhang Richter, Anwälte und die Vertreter des Kapitals in diesen Bundesländern über dem Grundgesetz und der darauf aufgebauten Rechtsordnung dieses Staates?

Sicherlich ist Ihnen unsere unverschuldete, existentielle Notlage, in der wir uns seit 3 Jahren befinden, bereits bekannt. Für ein Resümee hier nochmals unsere Homepage mit ausgewählten Dokumenten: <http://tc-traumhaus.magix.net/public/>

Wir hatten auf den Rechtsstaat vertraut ...

Jedoch stellt sich für uns die an Sie gerichtete Frage, ob sich der Geltungsbereich von Grundgesetz und den Gesetzen unseres Staates auch auf z.B. die Bundesländer Brandenburg und Thüringen erstreckt:

Wie sonst ist zu verstehen, dass im Land Brandenburg z.B. ein Richter auf Antrag einer Staatsanwaltschaft eine Strafverfolgung und Klageerhebung in einem angezeigten Delikt wegen vermuteten Betrugs (Außenbereich als Bauland verkauft) mit einem Schaden für uns in Höhe von ca. 10.000,00 € als geringfügigen Schaden abschmettert? Und dies, obwohl den Ermittlungsbehörden bekannt ist, dass es sich bei einem der Angezeigten um einen Geschäftsführer handelt, dessen Unternehmen Aufträge u.a. für Landschafts- und Städteplanung aus und für die öffentliche Hand erhält und erledigt.

Wie sonst kann ein Landgericht in Erfurt Urteile fällen u.a.:

- trotz mehrfach getätigter falscher Angaben an das Gericht zu Wohn-/Meldeadressen von Klägern
- trotz falscher Adressangaben eines Bauvorhabens an das Gericht und somit zu 3 verschiedenen Bauvorhaben und das in 3 zusammenhängenden Verfahren (1. Versäumnisurteil - 2. Versäumnisurteil auf Grund Einspruch - Urteil in der Hauptsache: zu je einer anderen Bauadresse)
- trotz Einreichung der Klageschrift an das Gericht nach Ablauf der vom Gericht gesetzten Frist zur Einreichung der Klageschrift
- mit einem Verbot der Wiederholung der Veröffentlichung eines Videos, ohne dass die Richterin eine Veröffentlichung des Videos feststellen konnte
- mit einem Verbot der Wiederholung der Verbreitung eines Videos, welches bis zu diesem Zeitpunkt nur an ausgewählte Adressaten sowie separat an die Bundeskanzlerin und den Bundestagsabgeordneten Dr. Gysi als Privatvideo vertraulich versendet wurde, ohne Festlegung welche Art der Verbreitung uns untersagt ist
- mit dem Verbot der Verbreitung oder/und Veröffentlichung eines Loches im Video, aus dem eine rote blutähnliche Flüssigkeit ausläuft

Wie sonst kann ein Anwalt und sozialpolitischer Sprecher der Linken in Köpenick

- sich verweigern mit uns zum Gerichtstermin zu gehen und uns somit unserer Postulationsfähigkeit zu berauben
- nachgewiesene Absprachen mit der gegnerischen Partei zu unseren Nachteil zu führen
- uns zu drohen (wie z.B. wir werden nie wieder ein Anwalt bekommen usw.)

Wie sonst kann ein Bundestagsabgeordneter der Linkspartei bzw. dessen Büro

- unser der Bundeskanzlerin und ihm vertraulich übersendetes Privatvideo an Dritte weitergeben
- auf unsere mehrfachen Nachfrage nach diesem "Datenleck" einfach nicht reagieren, während das Kanzleramt im Namen der Bundeskanzlerin uns sofort geantwortet hat

Einer Positionierung zu unserer aufgezeigten Problematik "Rechtssicherheit/Rechtsstaatlichkeit für uns normale Bürger u.a. in Thüringen und Brandenburg" von Ihnen und gern auch von der Führungsriege Ihrer Partei, sehr geehrte Frau Kipping, sehr geehrter Herr Riexinger, sowohl als Zeichen des Respekt gegenüber den anfragenden Bürgern als auch als Zeichen eines ehrlich gewollten Dialogs zum Thema Rechtsstaat sehen nicht nur wir - Familie Bauer - erwartungsvoll entgegen.

Dies wäre auch ein signifikantes Zeichen eines tatsächlichen Interesses der Partei "Die Linke" an den Sorgen und Problemen der eigenen Bürger dieses Landes, an der Realität des Lebens der Bürger dieses Staates.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bauer Antje Bauer